

LEITANTRAG

34. Ordentlicher
BUNDESPARTEITAG
der Freiheitlichen Partei Österreichs

Samstag, 17. September 2022 · VAZ St. Pölten

Leitantrag

an den 34. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ

am 17. September 2022 in St. Pölten

Freiheit durch Selbstbestimmung

Als unsere Altvorderen im Februar 1949 die Gründung einer Partei mit dem Namen *Verband der Unabhängigen (VdU)* ankündigten, war Österreich ein besetztes Land. Parteien war es nur auf Basis einer Lizenz des Alliierten Rates erlaubt, Bestand zu haben. Zu dieser Zeit waren daher lediglich die Volkspartei, die Sozialisten und die Kommunisten in Österreich als Parteien anerkannt. Die Gründung des VdU erfolgte daher in der Rechtsform eines Vereines, der 1956 in unserer damals neugegründeten FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs, die bis zum Parteiengesetz 1975 ebenfalls als Verein tätig war, aufging. Die Tatsache, dass unsere Partei ihre Existenz nicht einer Lizenz, sondern einer vereinsrechtlichen Gründung verdankt, ist ein Umstand von hoher symbolischer Kraft. Die FPÖ verdankt ihre politische Existenz somit nicht militärischen Hochkommissaren, sondern Männern wie Herbert Kraus, Viktor Reimann, Anton Reinthaller, Wilfried Gredler, Tassilo Broesigke, Emil van Tongel, Gustav Zeillinger, Jörg Kandutsch und Friedrich Peter, um nur einige zu nennen.

Nicht fremde Staaten haben darüber befunden, ob die FPÖ existieren darf oder nicht, sondern freie Bürger, die sich auf Basis ihres freien Willens zusammengefunden haben, um ihre Heimat Österreich demokratisch mitzugestalten – ein Unterschied, der nicht nur von historischer und

formalrechtlicher Bedeutung ist, zumal der VdU die Unabhängigkeit nicht bloß in seinem Namen geführt hatte. Ebenso war und ist für unsere FPÖ ihr Name, den sie dem Wert der Freiheit gewidmet hat, mehr als eine Bezeichnung, die nach außen hinausstrahlt – ja er ist weit mehr: Er bildet unsere gemeinsame ideelle DNA, die die freiheitlichen Menschen der Gegenwart verbindet, und er ist das Band, das den freiheitlichen Menschen der Gegenwart mit unseren Gründervätern und all den Männern und Frauen, die ihren Anteil daran haben, dass unsere Partei über Generationen hinweg Bestand hatte und haben wird, verbindet.

So wie im historischen Verlauf der Begriff der Freiheit (FPÖ) auf den der Unabhängigkeit (VdU) folgte, setzt die Freiheit die Unabhängigkeit logisch voraus, zumal die Unabhängigkeit die Voraussetzung der Freiheit ist. Der Staat kann im Inneren ein hohes Maß an individueller Freiheit dann gewährleisten, wenn er nach außen hin volle Souveränität genießt. Je höher die Abhängigkeit von anderen, desto größer ist die Notwendigkeit, im Inneren die persönliche Freiheit zu limitieren. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Beschränkung dort spürbar werden, wo die individuellen Interessen jenen der hegemonialen Macht zuwiderlaufen. Die parteipolitische Betätigung von den Lizenzen fremder Staaten abhängig zu machen ist ein historisches Extrembeispiel, das diesen Zusammenhang verdeutlicht.

Um seine Souveränität bestmöglich zu schützen, hat sich Österreich immerwährend neutral erklärt. Seit der Beschlussfassung des Neutralitätsgesetzes war Österreich stets ein verlässlicher Vermittler zwischen internationalen Konfliktparteien und hat dadurch einen wichtigen Beitrag zum eigenen wie auch zum Frieden anderer beigetragen. Gemessen an der Größe unseres Heimatlandes ist dieser Beitrag überproportional hoch. Das bedeutet aber nicht, dass Österreich seine Selbständigkeit nicht tagtäglich verteidigen müsste. Dazu braucht es nicht

nur eine intakte Armee, sondern vor allem Politiker, die den Mut haben, die Interessen Österreichs über alle anderen zu stellen, um sich kompromisslos für das eigene Land einzusetzen. Leider sind solche Politiker rar. Gerade in der Politik der Gegenwart müssen wir feststellen, dass sich die Bundesregierung und der Bundespräsident in einem vorauseilenden Gehorsam gegenüber den Interessen anderer Staaten oder internationaler Organisationen üben. Das schwerwiegendste Beispiel der Gegenwart sind mit Gewissheit die Sanktionen gegen Russland, die Österreichs Wirtschaft selbst existentiell treffen, ohne dass sich die österreichische Bevölkerung dazu auch nur eine Meinung hätte bilden können. Die Verächtlichmachung von Personen und Parteien, die das kritisch sehen, als *Putinverstehers* oder als *nützliche Idioten* passt ins intolerante Gesamtbild. Die Tatsache, dass mittlerweile namhafte ÖVP-Politiker auf den Kurs der FPÖ eingeschwenkt sind, macht den Befund nicht besser.

Ebenso ist die Inflation, die eine dramatische Höhe von historischer Dimension angenommen hat, ein Resultat dieses Souveränitätsverlustes. Neben den Sanktionen war es vor allem die Abschaffung der eigenen Währung, die uns heute jede selbstbestimmte Handlungsmöglichkeit nimmt und einen jeden Einzelnen von uns dazu zwingt, die Schulden von anderen Staaten, nämlich insbesondere von jenen in Europas Süden, zu begleichen. Die FPÖ hat vor exakt dieser Entwicklung immer gewarnt und sich für die Beibehaltung des Schillings ausgesprochen – leider vergebens. Österreich wäre viel erspart geblieben, hätte man auf die FPÖ gehört, zumal Staaten, die den Euro nicht haben, eine weit geringere Inflationsrate aufweisen.

Ebenso hat die FPÖ vor einem Beitritt zur Europäischen Union ohne Wenn und Aber stets gewarnt. Auch in dieser Frage hat die FPÖ Recht behalten, zumal Österreich seit seinem EU-Beitritt einem stetigen

Kompetenztransfer nach Brüssel ausgesetzt ist und somit von Jahr zu Jahr weniger in der Lage ist, seine eigenen Angelegenheiten nach seinen eigenen Vorstellungen zu regeln. Artikel 1 der Bundesverfassung, wonach Österreich eine demokratische Republik ist und ihr Recht vom Volk ausgeht, verkommt peu à peu zum toten Recht. Um das zu verhindern, hat die FPÖ ein detailliertes Konzept zum Ausbau der direkten Demokratie einschließlich des Rechtsinstitutes einer Volksinitiative vorgelegt. Durch sie soll ermöglicht werden, dass Volksbegehren, die vom Nationalrat nicht umgesetzt werden, durch eine Volksabstimmung – somit gegen den Willen des Parlaments – Gesetz werden können. Eine weitere konkrete Maßnahme zur Verteidigung des Artikels 1 B-VG ist es, jeglicher Tendenz zur Einführung eines Ausländerwahlrechtes entschieden die Stirn zu bieten. Das *Volk* sind die Menschen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, und nicht *alle Menschen, die hier leben*. Die Österreicher wollen selbst entscheiden, mit wem sie nach welchen Spielregeln zusammenleben. Die FPÖ ist der parlamentarische Arm all jener, die dieses staatsbürgerliche System beibehalten wollen. Alle anderen Parteien wollen, dass diese existentielle Frage nicht von den Österreichern selbst, sondern von anderen entschieden wird, zum Beispiel im Wege eines Migrationspaktes, durch die ausufernde Judikatur internationaler Gerichtshöfe oder schlichtweg durch die Tatsache einer völlig unkontrollierten Masseneinwanderung, bei der sich der Missbrauch des Asylrechtes und das Recht der sogenannten Familienzusammenführung zu einer bedrohlichen Symbiose, die die traditionelle Art und Weise unseres Zusammenlebens bedroht, vermengt haben.

Je genauer man hinsieht, desto dramatischer erweist sich der Befund, ja es drängt sich die Frage auf, wie es die anderen Parteien mit dem Bestand der Republik Österreich überhaupt halten, ob der faktischen Entmachtung ihrer Staatsbürger ihre faktische Zersetzung oder gar die (in)formelle

Abschaffung der Republik folgen soll. Vieles spricht dafür. In der Tat ist die FPÖ die einzige Partei, die kompromisslos für den Fortbestand der Republik Österreich als souveräner Staat eintritt, derweil die anderen sie in einem europäischen Bundesstaat (samt NATO-Beitritt) aufgehen lassen wollen – oder von der Weltrepublik oder vom Anarcho-Primitivismus träumen. Es wäre die Pflicht eines jeden österreichischen Politikers, allen voran des Bundespräsidenten, diesen unübersehbaren Tendenzen Einhalt zu gebieten. Das geschieht aber nicht, was nur den Schluss zulässt, dass das Offenkundige entweder nicht gesehen wird oder gar gewollt ist, was weit schlimmer wiegt. Der französische Starautor Michel Houellebecq hat diesen Niedergang der traditionellen europäischen Staaten zu einem Thema seines aktuellen Romans *Vernichten* gemacht: *ganz Europa sei zu einer entlegenen, alternden, depressiven und einigermaßen lächerlichen Provinz der Vereinigten Staaten von Amerika geworden.*

Es wäre aber falsch zu meinen, dass der Ausverkauf unserer Heimat nur im Außenverhältnis stattfindet. Die faktische Entmachtung des Souveräns – das sind in einer demokratischen Republik die Staatsbürger, die in der Zeit zwischen den Wahlen durch ihre gewählten Mandatäre repräsentiert werden – findet ebenso innerhalb unseres Staatswesens statt. Von ihrem Anfang an war es der FPÖ immer ein zentrales Anliegen gewesen, den zwischen SPÖ und ÖVP bestehenden Proporz abzuschaffen. Schon unser Gründungsobmann forderte *die Abschaffung des Proporz, die Wiedereinsetzung des Parlaments als Souverän.* Mit anderen Worten: Im Zentrum des freiheitlichen Denkens steht die Überzeugung, dass die Res Publica ihren Bürgern, nicht einigen Parteien gehört. Diese Überzeugung zu betonen ist notwendiger denn je. Auf der einen Seite ist der rot-schwarze Proporz nicht abgeschafft, sondern bestenfalls vertagt, auf der anderen Seite wurde unter der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz ein anderes Phänomen schlagend, nämlich die Aufteilung des Staatsvermögens auf kleine, intransparente Cliques. Dieses türkise Modell

setzt den Transfer von Staatsvermögen in die außerstaatliche Sphäre voraus – ein Vorgang, der absolut nicht im Interesse des Staates und somit absolut nicht im Interesse seiner Bürger gelegen sein kann, aber dennoch stattfindet, nämlich durch die Beschlüsse eines Parlaments, das über eine Mehrheit von ÖVP und Grünen verfügt.

Solche Beschlüsse haben aber nicht nur den Transfer von staatlichen Vermögenswerten zum Inhalt, sondern beinhalten auch den Aufbau einer pseudostaatlichen Parallelstruktur. Den Bürgern bleiben solche Vorgänge oft im Verborgenen, was der (von Regierungsinseraten lebenden) Medienlandschaft im Lande kein gutes Zeugnis ausstellt. Die Abwicklung der Corona-Hilfen im Wege der COFAG sind ein sehr plakatives Beispiel hierfür, wie der Rechnungshof nachgewiesen hat. Es ist dies ein Beispiel nicht nur für die Bereicherung einer Clique, sondern vor allem auch dafür, wie eine Parlamentsmehrheit wissentlich gegen die Interessen der eigenen Wähler handelt. Man könnte auch von einem Mandantenverrat sprechen. In der politischen Praxis der Zweiten Republik, vor allem vor dem Hintergrund ihrer unterentwickelten Rechtsinstitute der direkten Demokratie, hat der Bürger keine effiziente Möglichkeit, diesem Verrat entgegenzuwirken. Erst bei der nächsten Wahl kann er eine Änderung herbeiführen. Bis dahin muss er den Dissens zwischen dem, was er will, und dem, was er bekommt, hinnehmen. Dieses Hinnehmen kann Jahre dauern und ist nichts anderes als ein schwerwiegendes Abweichen von der Idee der Identität von Herrschern und Beherrschten, somit ein Verlust an politischer Selbstbestimmung.

Daran vermag auch die Veranstaltung eines sogenannten Klima-Bürgerrates nichts zu ändern. Bezeichnend ist, dass der Bundespräsident hier das Wort ergriff und anlässlich der Eröffnung dieses Rates apodiktisch dekretierte, dass sich die Politik an die Ergebnisse dieses Rates, der aus einhundert zufällig – und somit demokratisch in keiner Weise

legitimierten – ausgewählten Personen besteht, zu halten habe. Solche Räte stellen nicht ein Mehr an Demokratie und Selbstbestimmung dar, im Gegenteil: Durch sie sollen die verfassungsrechtlich vorgesehenen Institutionen ausgehebelt werden, sollen Ergebnisse, die kleine Gruppen aus welchen Gründen auch immer längst gefasst haben, eine pseudodemokratische Scheinlegitimation erhalten. Sie sollen dem längst entmachteten Bürger das Gefühl geben, in irgendeiner Art und Weise doch eingebunden zu sein. Der Rat erweist sich somit als reiner Etikettenschwindel, als eine Hülle, in der Fremdbestimmung drinnen ist, auf deren Etikett aber *Selbstbestimmung* steht. Dreister geht es nicht mehr, zumal die Ergebnisse dieses Rates u. a. in massiven Einschränkungen der persönlichen Freiheit bestehen. Zum Beispiel sei an den Vorschlag, Portionsgrößen in Restaurants gesetzlich zu regeln, erinnert.

Die Fremdbestimmung in der Umweltpolitik zeigt sich auch auf einer ganz anderen Ebene, nämlich an den drohenden Strafzahlungen an die EU, die sich im Jahre 2030 in der Höhe von rund 10 Milliarden Euro befinden könnten, wie der Rechnungshof errechnete. Die EU-Mitgliedstaaten verpflichteten sich dazu, in der Periode 2021 bis 2030 ihre Treibhausgas-Emissionen um mindestens 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren – ein Ziel, das sich real als nicht erreichbar erweist, womit sich die Frage stellt, welchen Sinn es haben kann, dass österreichische Politiker solche Verbindlichkeiten zu Lasten ihrer Heimat aufnehmen. Dienen diese internationalen Vereinbarungen uns? Haben wir dadurch einen Vorteil, oder haben andere, zum Beispiel wirtschaftliche Konkurrenten am Weltmarkt, einen Vorteil von unserem Souveränitätsverzicht? Unbestritten ist, dass Österreich diese rund 10 Milliarden in Österreich besser hätte verwenden können. Diese enorme Summe nach Brüssel zu überweisen bringt weder dem Klima noch der Fauna und Flora unseres Heimatlandes irgendetwas.

Derweil die staatlichen Konturen im Außenverhältnis immer stärker verschwimmen, nimmt der staatliche Druck im Inneren zu, werden immer mehr Lebensbereiche, die bislang unreglementiert waren, Regelungen unterworfen, oft mit moralischen Konnotationen. Längst hat die fortschreitende Beengung unserer Lebensbereiche nicht nur unser privates Umfeld erfasst, sondern das Individuum in seiner Ganzheit. Das betrifft zum Beispiel die Art und Weise, wie wir zu sprechen haben, aber ebenso die Leugnung biologischer Fakten wie die Existenz zweier Geschlechter, nämlich von Mann und Frau. Unter einem tritt die Regenbogenfahne als Symbol einer aggressiven, intoleranten Minderheit an die Stelle staatlicher Symbole.

Dieser Wandel kommt nicht von irgendwo. Dahinter steckt die Utopie einer neuen Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind. Mit dieser Gleichheit ist aber nicht das System einer bürgerlichen Gesellschaft, in der alle Bürger gleich an Rechten sind, gemeint, sondern ist eine Gesellschaft gemeint, in der alle Menschen nach materiell gleichen Bedingungen zu leben haben. Um diese nihilistische Verheißung zu realisieren, braucht es eine neue Gesellschaft auf Basis eines neuen Menschen. Dieser *Neue Mensch* ist ein linker Kampfbegriff. Der Mensch ist dann ein *Neuer Mensch*, wenn er von seinem historischen Ballast – damit sind alle Mechanismen gemeint, die den Charakter der Menschheit über Jahrhunderte verdorben haben – befreit ist. Diese „Befreiung“ hat dann stattgefunden, wenn die Gesellschaft alles vergessen hat, was sie einst ausgemacht hat: ihre Nationalität, ihre Religion, ihre Kultur, ihre Geschichte. Vor diesem Hintergrund erweist sich der Begriff der *Cancel Culture* als entlarvend: Das Individuum soll auf eine nackte Hülle, auf eine gelöschte Festplatte, die man mit neuen politischen Inhalten bespielen kann, reduziert werden. Alles, was nicht in dieses nihilistische Konzept passt, muss hierfür – als Vorbedingung – kaputt gemacht werden. So erklärt sich die Umbenennung von öffentlichen Plätzen, die Leugnung biologischer Fakten, das

Umschreiben von Romanen und die Zersetzung des traditionellen Ehe- und somit Familienbildes. Parteien wie die Grünen sind die Archonten dieser aggressiven kulturellen Verdrängung, wobei die ÖVP indolent schweigt und längst zum Teil der linken Doxa degeneriert ist.

Die größte Ungeheuerlichkeit bestand freilich in den Eingriffen in die persönliche Freiheit im Zuge der Covid-Krise. Die Pflicht, eine Maske zu tragen, die Ausgangssperren und die (letztlich gescheiterte) Impfpflicht sind ein eindringliches Beispiel dafür, wie die Mechanismen der Fremdbestimmung mit der Einschränkung der individuellen Freiheit einhergehen – eindringlich, weil die Paradigmen, wie unsere Gesellschaft funktionieren soll, von oben herab verschoben wurden. Was als *Neue Normalität* verharmlost wurde, erweist sich bei genauerem Hinsehen als der Versuch, eine neue Form des Regierens und eine neue Form der sozialen Beziehungen dauerhaft zu etablieren. Sowohl die Beziehung zwischen den Regierenden und den Regierten als auch die Beziehungen zwischen den Regierten untereinander soll(t)en neu definiert werden.

Nicht die Bürger beziehungsweise die von ihnen gewählten Mandatäre trafen die folgenschwersten Entscheidungen, sondern verfassungsrechtlich nicht vorgesehene Institutionen und Expertengruppen. Was der WHO vorschwebte, wurde in Österreich von Expertengremien wie GECKO übernommen – und von einer gleichgeschalteten Medienlandschaft akklamiert. Das Parlament wurde mehr denn je zu einer Abstimmungsmaschine degradiert, der im Wesentlichen nur die Aufgabe zugekommen war, in einigen wenigen Akten einer Expressgesetzgebung, befreit von jeglichem Anschein einer seriösen parlamentarischen Beratung, Verordnungsermächtigungen zu erlassen. Selbst die folgenschwerste Entscheidung, nämlich eine Impfpflicht einzuführen, und somit die Entscheidung, in die körperliche Integrität der Normunterworfenen gegen deren Willen einzugreifen, wurde ohne jegliche

parlamentarische Beratung oder gar Einbindung der Bürger getroffen, sondern von der – aus verfassungsrechtlicher Sicht inexistenten – Landeshauptleutekonferenz im Zusammenwirken mit zwei politischen Laien, nämlich dem damaligen Bundeskanzler Schallenberg und dem damaligen Gesundheitsminister Mückstein.

Die restriktiven Maßnahmen, insbesondere die Ausgangsperren, brachten es mit sich, dass Kontakte unter den Bürgern verboten waren und die sozialen Beziehungen auf digitale Verbindungen marginalisiert wurden. Das galt vor allem auch für die Möglichkeit, sich politisch zu organisieren, was gerade vor dem Hintergrund der schwersten politischen Krise, die nichts anderes als die Aufhebung aller normalen Lebens- und Arbeitsbedingungen mit sich brachte, ebenso dramatisch wie entlarvend ist. Social Distancing und Demokratie sind nicht vereinbar – was all jenen, die wollen, dass die Menschen nicht mehr selbst entscheiden sollen, wie sie leben und vor allem, wie und mit wem sie zusammenleben (!), in die Hände spielt. Das Virus erweist sich hierbei als dankbares Vehikel. Es ist immer präsent, die Angst vor ihm kann im Wege gleichgeschalteter Medien jederzeit aktiviert werden, kann wie auf einem Herd stufenweise eingestellt und das Leben der Menschen mehr oder weniger – je nach Belieben – reglementiert werden.

Der Bürger der *Neuen Normalität* will all das nicht in Frage stellen. Seine Mündigkeit erschöpft sich in der Vorbildfunktion eines Untertanen, der nicht auf die Idee kommt, Entscheidungen von internationalen Organisationen oder gar von Expertengremien in Frage zu stellen, der nicht sieht, dass er nicht mehr Rechtsquelle, sondern nur mehr Rechtsunterworfener ist. Der wertvollste Beitrag, den er für die Gesellschaft zu leisten vermag, ist, nicht an ihr teilzunehmen. Stolz trägt er die Maske als äußeres Zeichen seiner sozialen Isolation. Die FPÖ will all jenen, die nicht bereit sind, diesen Irrweg zu beschreiten, eine politische

Heimat sein. Der freiheitliche Mensch hat diesen Paradigmenwechsel durchschaut und kämpft gegen ihn an. Es ist unserem Obmann Herbert Kickl und all seinen Mitstreitern zu verdanken, dass der schlimmste Auswuchs, nämlich die Impfpflicht, von der Agenda der Regierenden gestrichen werden musste. Der Bundesparteitag der FPÖ weiß diesen Beitrag zu schätzen.

Mit der Verpolitisierung des Privaten geht die Reduktion des privaten Raumes einher. Diesen freien Bereich benötigt der Mensch, um in ihm ein von Zwängen befreites Leben führen zu können. Die Unterscheidung von *Mein* und *Dein* ist die materielle Voraussetzung individueller Freiheit. Das private Eigentum und sein Schutz stehen daher seit eh und je im Zentrum unserer Programmatik.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass das Eigentum weit genug gestreut ist, damit möglichst viele Personen ein möglichst unabhängiges Leben führen können. Diese Streuung nimmt gegenwärtig dramatisch ab, wodurch die Schere zwischen *Arm* und *Reich* immer weiter aufgeht. Auf der einen Seite bleibt den Menschen auf Grund der grassierenden Rekordinflation immer weniger zum Leben, auf der anderen Seite wird der Erwerb neuen Eigentums durch restriktive Kreditvergaberichtlinien im Immobilienbereich erschwert bis verunmöglicht. Vor allem für Jungfamilien ist der Traum vom Eigenheim nicht mehr realisierbar. Diese folgenschwere Entscheidung wurde nicht in Österreich getroffen, sondern von der EZB. Diese von außerhalb Österreichs initiierte Erschwerung, Eigentum zu erwerben, ist ein weiteres Beispiel für einen Paradigmenwechsel, der in Zwang mündet. Niemand in Österreich will das, niemand braucht das, und dennoch haben weder die Regierung noch der Bundespräsident dagegen opponiert, müssen unsere Landsleute diese massive Einschränkung hinnehmen.

Jenen Menschen, die unter diesen verschlechterten Bedingungen massiv leiden, müssen wir mit aller Kraft beistehen. Alexander Götz hat anlässlich der 50-Jahr-Feier unserer Partei unser ideologisches Fundament als *national, freiheitlich und sozial* bezeichnet. Durch den Begriff der *Sozialen Heimatpartei* wurden diese Werte semantisch ins neue Jahrtausend geholt. Sie sind aktueller denn je. Die aktuellen Beispiele beweisen, dass nur jener Staat etwas für seine Bürger unternehmen kann, der die entscheidenden Kompetenzen bei sich behalten hat. Die Vorstellung, dass andere etwas für unsere Leute tun, hat sich als fataler Irrtum erwiesen. Die kontinuierliche Aufgabe unserer Selbstbestimmung hat nicht zu einem besseren, sondern zu einem beengteren Leben geführt.

Neben dem Bestreben größtmöglicher staatlicher Souveränität und größtmöglicher individueller Freiheit gilt unser Einsatz fairen materiellen Lebensbedingungen, dem *Einkommen zum Auskommen*. Diese fairen Bedingungen sollen aber auch für all jene gelten, die sich – aus welchen Gründen auch immer – ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht mehr selbst erwirtschaften können. Das gilt ganz besonders für jene Generation, die Österreich nach dem Krieg aus Ruinen wieder auferstehen hat lassen. Aufgrund der extensiven Judikatur internationaler Gerichte ist es uns nicht mehr möglich, zwischen ihnen und Personen, die uneingeladen zu uns gekommen sind, um in unser Sozialsystem einzuwandern und ein besseres Leben zu führen, zu unterscheiden. Unsere Parteiprogramme sprechen diesbezüglich eine klare Sprache: Sie weisen eine kompromisslose Kontinuität auf, wenn es darum geht, die Interessen des *Eigenen* zu verteidigen und über alle anderen Interessen zu stellen. Das findet sich ganz besonders auch im aktuell geltenden Parteiprogramm, wonach uns die Freiheit als unser höchstes Gut gilt und wir uns dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet haben.

Unser Motto lautet daher *Freiheit durch Selbstbestimmung!*

Das unserer Gegner offenbar *Unfreiheit durch Fremdbestimmung.*

Vor diesem Hintergrund wollen wir unser politisches Wirken vordringlich darauf ausrichten, alle anstehenden politischen Krisen im Lichte dieser zentralen Bestimmung unseres Parteiprogramms zu beantworten, um ein größtmögliches Maß an staatlicher Unabhängigkeit und individueller Freiheit zu gewährleisten.

